

Was bringt der Aufschwung?

Ausführlicher Artikel auf Seite 4

# VORAN!

Überregionale marxistische Zeitung

FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

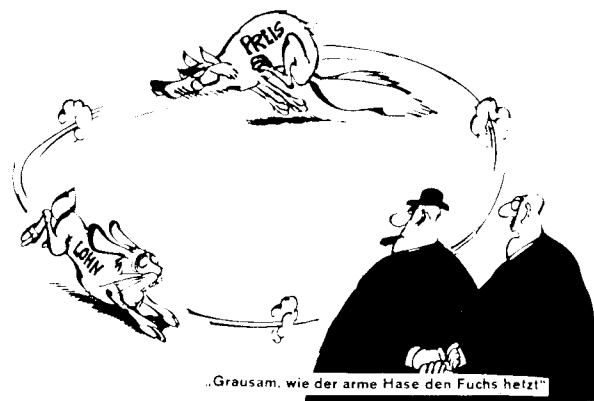
60 Pf.

ARTIKEL ÜBER:

- Pressefreiheit
- Bundesbahn
- Aufschwung
- Jusos
- Bildung
- Studenten
- Konferenz der britischen Jungsozialisten

CDU/CSU Druckerstreik

# DIE REICHEN SOLLEN ZAHLEN!



DIE KAPITALISTEN, DIE WOHLHABENDEN UND PRIVILEGIERTEN IN DIESEM LAND SIND WIEDER EINMAL GUT ÜBER DIE KRISE HINWEGGEKOMMEN. FÜR DIE KOMMENDEN MONATE ZEIGT DAS SIGNAL FÜR IHRE GEWINNE UND EINKOMMEN WEITERHIN FREIE FAHRT AN. ALLEIN IN DIESEM JAHR SOLLEN DIE UNTERNEHMERGEWINNE MINDESTENS DOPPELT SO STARK STEIGEN WIE DIE LÖHNE, SO HIESS ES IN DER PRESSE!

Daß jedoch von einem echten Ansteigen der Löhne und Gehälter nicht die Rede sein kann, das spüren jetzt Millionen von Arbeiter- und Angestelltenfamilien. Die bescheidenen Lohnabschlüsse zwischen 5 und 6 Prozent drohen wieder innerhalb weniger Monate aufgefressen zu werden. Bereits im April sind die Preise gegenüber April 1975 bei manchen Lebensmitteln in schwindelnde Höhen geklettert. So betragen die Preissteigerungen bei Kartoffeln 154,7 Prozent, bei Gemüse 17,2 Prozent und bei Eiern 16,0 Prozent. Das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institut des DGB hat errechnet, daß die durchschnittliche Preissteigerung für Nahrungsmittel im ersten Quartal '76 bei 15 Prozent lag, pflanzliche Produkte waren gar um 45 % teurer als noch vor einem Jahr.

Aus allen Branchen der Wirtschaft war zu hören, daß mit neuen Preissteigerungen zu rechnen ist. Einen ersten Anfang machten die Automobil- und Mineralölkonzerne. Die baden-württembergische Metallindustrie ließ verlauten, daß ein Stillhalten bei den Preisen "kaum möglich" sei.

Wer bei Opel Aktien hat, der kann für jede 100-DM-Aktie 22,85 DM einstreichen. Bei Bayer steigen die Erträge "steil aufwärts", und "die Aussichten für 1976 sind hervorragend", sagte ihr Vorsitzender Grünwald. Der Chemiegigant Hoechst verzeichnete im ersten Viertel des Jahres eine Gewinnsteigerung um 53,6 Prozent!

## SPD VOR DER WAHL

Die "Mobilisierung der Industriearbeiterschaft" ist nach Auffassung des niedersächsischen SPD-Landesvorsitzenden Peter von Orten das wichtigste Problem der SPD im Bundestagswahlkampf 1976. Nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg bezeichnete er die schlechte Wahlbeteiligung in einer Industriearbeiterstadt wie Mannheim als besonders besorgniserregend.

"Wir sind sauer auf die SPD. Ich habe sie 1972 gewählt, 1976 wähle ich gar nicht mehr. Die Jusos haben im Grunde schon recht"

"Ich wähle SPD - aber warum immer bei den Kleinen maßhalten, und nicht bei den Unternehmern?"

So und ähnlich brachten uns gegenüber Arbeiter aus dem Ruhrgebiet die Stimmung zum Ausdruck, die momentan in breiten Schichten der Arbeiterklasse vorherrscht.

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg hat sich diese Stimmung eindeutig niedergeschlagen. Deshalb wollen wir uns gründlicher mit den Wahlergebnissen und den daraus folgenden politischen Lehren befassen.

Fortsetzung S. 2

Solche Zahlen können aber nur die Unternehmer und Bankiers fröhlich stimmen. Für die breite Masse der Arbeiter und Angestellten haben die Bosse "Zurückhaltung" verordnet. Der ausscheidende Vorsitzende der Gewerkschaft Leder, Mirkes, hat auf dem 11. Gewerkschaftstag in Mainz darauf hingewiesen, daß allein in dieser Branche seit 1972 rund 40 000 Arbeitsplätze vernichtet wurden, vor allem durch Rationalisierungen und Produktionsverlagerungen in sogenannte Niedriglohnländer. Aber auch diejenigen, die Arbeit haben, können sich ihrer Errungenschaften nicht länger sicher sein. Überall versuchen die Unternehmer, übertarifliche Zulagen zu kürzen, um das wieder reinzuholen, was sie durch Tarifvereinbarungen mehr an Löhnen und Gehältern auszahlen müssen. So waren beispielsweise die Kollegen der "Bremer Nachrichten" und des "Weser-Kuriers" gezwungen, nach Ende des Druckerstreiks noch einmal drei Tage lang die Arbeit niederzulegen, bis der Verleger Meyer endlich bereit war, zurückzustecken. Angesichts der Preistreiberei der Großkonzerne mußte selbst Bundeskanzler Schmidt ein Mahnwort an die Unternehmer, "die zur Unzeit herauszuholen versuchen, was herauszuholen ist". Und die liberale Süddeutsche Zeitung klagte die "Nimmersattmentalität der Unternehmer" an, sie sprach davon, daß die Banken "goldene Nasen" verdient haben und das Märchen von der Lohnpreisspirale nicht zutrefte: "Diesmal sind die Unternehmer die Schuldigen."

Nun geht im Unternehmerlager das Gespenst des "heißen Herbstes" um. Die IG Metall hat bewußt bei den Tarifabschlüssen die Möglichkeit offengelassen, im Herbst noch einmal zu verhandeln. Führende Gewerkschaftsvertreter haben bereits für den Fall weiterer Preissteigerungen Nachschlagsforderungen in Aussicht gestellt.

Bei Thyssen-Henschel in Kassel haben 150 im Lokbau Beschäftigte errechnet, daß infolge veränderter Prämienberechnung Lohnverluste bis zu 50 Pfennig pro Stunde auftraten und zweieinhalb Stunden lang die Arbeit niedergelegt. In der Automobilbranche kam es bereits im Mai zu einer ersten inoffiziellen Arbeitsniederlegung: Die Beschäftigten der Volvo-Deutschland in Dietzenboch (Kreis Offenbach) forderten angesichts des guten Jahresabschlusses 1975 (30 Millionen Gewinn und 73 Prozent Umsatzsteigerung) 200 Mark pauschale Lohnerhöhung für jeden bzw. 50 Mark für jeden Auszubildenden. Dem Auftrag der Vertrauensleute, erst um 9 Uhr am Arbeitsplatz zu erscheinen, folgten 80 bis 90 Prozent der Belegschaft.

Auch die bisher erreichten Sozialleistungen sind keineswegs sicher. Das Bonner Institut Finanzen und Steuern kam zu dem Schluß, daß die Finanzkrise des Staates nur durch einen entscheidenden Abbau der Ausgaben zu beheben sei. Die Reformen der letzten Jahre, so das Institut, hätten die Leistungsfähigkeit des Bundes überfordert. Also sollen wir nach dem Willen des Instituts (wie auch der

CDU/CSU und der Unternehmer) auf notwendige Sozialleistungen verzichten!

### OPFER

Während also Millionen in diesem Land 1976 erheblich zurückstecken müssen und nicht nur am Fleisch, am Auto und am Urlaub sparen müssen, zerbrechen sich die Millionäre, Playboys und Konzernherren über ganz andere Dinge den Kopf. Sie kennen das gar nicht - jeden Morgen um 6 Uhr aufstehen, zur Arbeit hasten, abends müde nach Hause kommen, im Supermarkt mit jedem Pfennig rechnen. Sie müssen sich nur mit der Frage herumquälen, ob sie zur Abwechslung mal auf die Bahamas oder nach St. Moritz fliegen sollen, oder wie sie ihre Millionen am besten in ihre Unterhaltung stecken können.

Aber diese Schmarotzer fordern von uns Opfer - Opfer für eine Krise, die sie selbst verschuldet haben. Das muß jetzt aufhören. Laßt sie dafür aufkommen, daß jeder von uns einen angemessenen Lebensunterhalt von allermindestens 1200,- DM hat. Daß jeder von uns eine 35-Stunden-Woche bekommt, und nicht abwechselnd Kurzarbeit und wenig später Überstunden und Sonderschichten. Laßt die Reichen dafür zahlen, daß jeder von uns ausreichende Sozialleistungen in Empfang nehmen kann, menschenwürdig und billig wohnen kann, mindestens 3 Wochen in den Urlaub fahren kann. Sie sollen jetzt die Suppe auslöffeln, die sie uns ständig versetzen wollen.

## Wohngeldkürzung

"Wer weniger Einkommen hat, soll deshalb nicht schlechter wohnen müssen." Laut einer Broschüre der Bundesregierung ist das der "Grundgedanke des Wohngeldrechts". Dieses Wohngeldgesetz besteht seit 1965, und es gewährt einkommensschwachen Familien Mietzuschuß. Niedriger Lohn sollte demnach kein Hindernisgrund für eine anständige Wohnung sein - Dank Wohngeld!

Wie kommt es dann aber, daß Millionen in miserablen Wohnungen hausen? Warum gibt es dann in der BRD etwa 1 Mio. Obdachlose? Weshalb stehen 300 000 Wohnungen leer?

Wer das Wohngeldgesetz genauer unter die Lupe nimmt und sich vor Augen hält, was Arbeiter und Angestellte verdienen und wie hoch die Mietpreise sind, der findet schnell eine Antwort auf diese Fragen.

Zunächst hat nach dem Wohngeldgesetz als Alleinstehender nur der einen Anspruch auf Wohngeld, der nicht mehr als 300 Mark im Monat verdient. Bei Ehepaaren ist die gemeinsame Einkommensgrenze 1000,- DM, bei einer 4köpfigen Familie liegt sie bei 1400 Mark und bei einer 6köpfigen Familie bei 1800 Mark.

Selbst die Mietkosten werden nur bis zu einer bestimmten Höhe berücksichtigt, so z.B. bei einem Haushalt mit 3 Personen in einer Gemeinde zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern nur bis zu 355 DM Mietkosten im Monat. Einem nderlosen Ehepaar mit einer 2-Zimmer Neubauwohnung in Hamburg werden höchstens 245 DM Mietkosten im Monat angerechnet. Bei einem Brutto-Einkommen von 1300 Mark würde das Ehepaar noch 13 Mark Wohngeld im Monat erhalten!

Eine 2-Zimmer Neubauwohnung mit Sammelheizung und Bad in einer Großstadt bekommt man aber nicht unter 400 Mark. Baukostenzuschuß oder Mietvorauszahlung und Kautions verteuern die Sache meist

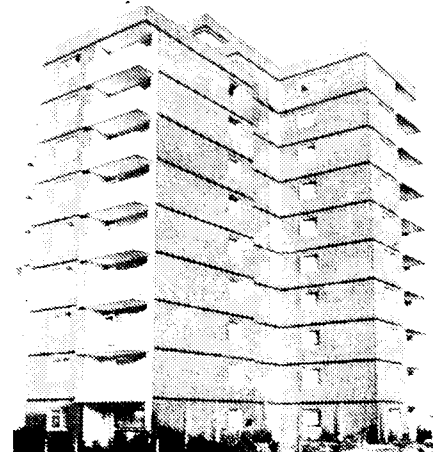
um einige 1000 Mark.

Unter diesen Umständen kann niemand seine billigere Altbauwohnung aufgeben und in eine teure, aber mit einigen Mark bezuschußte "angemessene und familiengerechte" Wohnung ziehen. Das Wohngeldgesetz wird also bestimmt nicht die Wohnungssituation der Arbeiterklasse verbessern.

Natürlich hat sich die materielle Lage der 1 Mio. Haushalte, die jährlich 1,2 Mrd DM erhalten etwas verbessert. Jetzt ist diese finanzielle Aufbesserung aber in Gefahr. Die SPD kündigte in ihrem Wahlprogramm von 1972 noch die "Erhöhung der Leistungen" und die Erweiterung des Kreises der Berechtigten an, 1976 wurde eine Wohngelderhöhung aber "angesichts der knappen Mittel des Bundes" gestrichen.

Es wird sogar geplant, die Bundesmittel für Wohngeld auf 690 Mio. DM zu reduzieren. Erst ab 1978 soll dann wieder eine Erhöhung vorgenommen werden. Gleichzeitig steigen die Mieten unerträglich weiter. Selbst das Bundesbauministerium hält jetzt im sozialen Wohnungsbau bei Drei- und Vierpersonenhaushalten eine Mietbelastung von 23-25 Prozent des Nettoeinkommens für angemessen. Nach Schätzungen des Ministeriums beträgt der Neubedarf an Wohnungen bis 1982 jährlich 550 000 Wohnungen; 1975 aber wurden nur 40 000 fertiggestellt. Diese relative Verschlechterung des Wohnungsangebots bringt eine weitere Mietpreis-Treiberei mit sich. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die durchschnittlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht einmal 6 Prozent ausmachen.

Auch den meisten Studenten geht es in diesem Jahr finanziell schlechter und die Rentenerhöhungen reichen genau so wenig aus, um die gestiegenen Lebensmittelpreise, Mietkosten und Preiserhöhungen anderer Güter und Leistungen auf-



zufangen.

Eine weitere Verschlechterung der Wohnungssituation darf aber auf gar keinen Fall hingenommen werden. Wenn der Schuldenberg des Bundes es nicht mehr zuläßt, die schlechte Wohnungssituation zu beheben und die einkommensschwache Bevölkerung bei der Bezahlung hoher Mieten nicht mehr unterstützt werden kann, muß das Wohnproblem endlich in seinen Ursachen bekämpft werden. Es ist nicht einzusehen, daß Grund- und Hausbesitzer, Banken, Baufirmen und Makler Jahr für Jahr durch Mietwucher, Spekulationen, Zinsen und Maklerprovisionen hohe Gewinne einstecken und der Staat diese Machenschaften duldet oder sogar noch unterstützt.

Selbst Wohngeld, das zwar den Mietern aus Steuergeldern ausbezahlt wird, bereichert letztlich nur die Vermieter, Grundstücksspekulanten und Baulöhner.

Damit jeder in unserer Gesellschaft zu einer anständigen und billigen Wohnung kommt, ist es notwendig, das Wohnungswesen der Profitsucht großer Unternehmungen, Spekulanten und Wucherer zu entreißen und in Staatseigentum sowie unter die demokratische Kontrolle durch Gewerkschaften, Mieter und Regierung zu stellen.

U.Beck



# Druck und Papier

Der Streik der Drucker und Setzer Ende April und in der ersten Maihälfte hat wie der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhardt Mahlein, zum Abschluß des Streiks erklärt, die Behauptung widerlegt, daß in Krisenzeit die Arbeitnehmer nicht zur Verteidigung ihrer Interessen bereit seien. In der Tat hat die Entschlossenheit der Drucker, ihre Reallöhne zu verteidigen, und den Verlockungen und Drohungen der Unternehmer zu widerstehen, viele Kapitalisten und bürgerliche Wirtschafts- und "Stabilitäts"-Strategen überrascht.

Noch am Vorabend des Streiks legte die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, wohl für alle Kapitalisten im Lande sprechend, Wert darauf, "daß auch diejenigen Drucker, die mit einem Tarifabschluß wie in anderen Wirtschaftszweigen zufrieden wären, ihre Ablehnung eines Streiks ... durch ein deutliches "Nein" zu Protokoll gaben.

Nach Auffassung der FAZ sollten die Arbeiter "Vernunft" walten lassen und sich mit geschmälertem Einkommen bei steigenden Unternehmensgewinnen zufriedengeben. Alle diejenigen, die ihre Interessen verteidigen wollten, seien "akademisch radikale Geister". Doch der Appell der FAZ, den ohnehin kaum ein Arbeiter zu lesen bekam, verhallte wie nichts. Am gleichen Tag sprachen sich 88,7% (63 368 gegen 7996) der Gewerkschaftsmitglieder für einen Streik zur Durchsetzung ihrer Forderung nach tariflicher Erhöhung von 9% aus. Die gut organisierten Drucker waren also offensichtlich anderer Meinung als die FAZ.

Sichtlich provoziert reagierten die Druckunternehmer dann auch rasch mit einer bundesweiten Aussperrung. Und dies auch in Hessen, wo Artikel 29 der Landesverfassung ausdrücklich die Aussperrung verbietet. Aber es ist eine altbekannte Tatsache, daß die Unternehmer auch Verfassung und Gesetz außer Kraft setzen, wenn sie ihnen nicht in den Kram passen. Wenn es um ihre ureigensten Interessen geht, sind die Kapitalisten eben zu allem bereit.

Die hessische Staatsbürokratie "übersah" diesen Verfassungsbruch und gestattete den Einsatz von Polizisten gegen Streikende in Darmstadt. Auch dies ist eine Warnung für die Gewerkschaftsbewegung, daß der Staat, wenn es um Unternehmerinteressen geht, seine angebliche "Neutralität" aufgibt - selbst wenn er sozialdemokratisch verwaltet wird!

Der Streikverlauf landauf landab hat wieder einmal deutlich gemacht, daß für die Arbeiter und Angestellten Solidarität kein leeres Schlagwort ist. Vielfach traten Angestellte in Solidaritätstreiks. Redakteure vieler Tageszeitungen, so der "Schwäbischen Zeitung", der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", der "Hannoverschen Neuen Presse", der "Frankfurter Rundschau", der "Münchener Bild-Zeitung" und der "tz" solidarisierten sich ebenfalls.

## POLIZEI

Kollegen der Gewerkschaft Kunst beim Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart verhinderten die Ausstrahlung eines Rundfunk-Sonderprogramms als Ersatz für die nicht erscheinenden Lokalblätter. Die Hamburger Arbeiterwohlfahrt versorgte die Drucker des Springer-Verlags mit Essen und Getränken; Gastwirte taten dasselbe. Angestellte bei Springer traten ebenfalls in Solidaritätstreiks.

Aber selbst die von den Bossen herbeigerufene Polizei wagte es in vielen Fällen angesichts des Zusammenhalts der Arbeiter nicht einzugreifen. So wurden in vielen Städten Polizisten herbeigerufen, um die Auslieferung von Notzeitungen, die Streikbrecher zusammengeflückt hatten, zu ermöglichen.

## Streik eine Bilanz

In Heilbronn beispielsweise bildeten die Arbeiter eine Kette, die gleichzeitig den Werksausgang blockierte. Die Fahrer der Notzeitung weigerten sich, in die Streikkette zu fahren, die Polizei blieb passiv. Selbst der Werkschutz bei Springer in Hamburg wagte es nicht, gegen die Streikposten vorzugehen.

Steikende Kollegen blockierten den Ausgang eines türkischen Unternehmens und verhinderten die Auslieferung einer Ladung Zeitungspapier, mit der das Anzeigenblatt "Blitz-Tip" verteilt werden sollte. Die Herausgeber des Blattes hatten versucht, auf das Unternehmen auszuweichen, das sonst eine türkische Tageszeitung in der Bundesrepublik produziert.

Auch die Drucker im Ausland waren nicht bereit, Streikbrecher zu spielen. Springer wollte ursprünglich Druckaufträge nach Paris und Amsterdam vergeben, scheiterte aber am Widerstand der entsprechenden Gewerkschaften.

Mitglieder der britischen Gewerkschaft SLADE versicherten, daß auch in Liverpool kein einziger Auftrag aus der BRD angenommen wurde.

In der Streiksonderausgabe Nr.9 von "Druck und Papier" wurde auch eine von vielen weitverbreiteten Lügen des Unternehmerverbandes richtiggestellt: Gewerkschaftsmitglieder und linke Hilfstuppen würden arbeitswillige Arbeiter lediglich mit Gewalt daran hindern, an die Arbeitsplätze zu gehen. In Wirklichkeit mußten allein in Hessen mehr als 15 Streikposten mit Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Sie wurden von Mitgliedern der Geschäftsleitung und von leitenden Angestellten angefahren!

Ein anderes Beispiel: In Bittenfeld (Baden-Württemberg) streikten in einem Betrieb alle 25 Beschäftigten, auch die Nicht-Organisierten. Der Chef fuhr mit dem LKW auf die Streikposten zu. Nur durch einen Sprung auf die Seite konnten sie sich vor dem Überfahren retten.

## SPEERSPITZE

Die unerwartete Streikbereitschaft stiftete auch Verwirrung in den Reihen der Arbeitgeber. Die Geschäftsführung der FAZ vertrat in einem Brief an den Arbeitgeberverband die Meinung, daß es nicht die Aufgabe der Zeitungsverlage sei, als "Speerspitze irgendwelcher Interessen" Tarifkonflikte bis zur Gefährdung der Tageszeitungen zu führen und daß es im Interesse der Leser liege, sich eher den gewerkschaftlichen Forderungen zu beugen, als weiterhin die Tageszeitung am Erscheinen zu hindern. Die Geschäftsführung der FAZ hatte erkannt, daß der Streik ihr Millionverluste verursachte und war bereit nachzugeben. Der merkwürdige Satz "Wir sind nicht Hüter der Bonner Konjunkturpolitik, wir müssen Zeitungen machen" ließ erkennen, daß es hier um mehr ging als nur die Gewinne der Verleger.

Der Bundesverband Druck reagierte prompt auf diese Schwächung der Kampffront. Er rief seine Mitglieder auf, künftig nicht mehr in der FAZ zu inserieren. Schleyer hatte im Namen seines Industriellenverbandes die Unterstützung aller Großkapitalisten zusichert und forderte die Verleger auf, eine unnachgiebige Haltung einzunehmen. Er befürchtete nämlich die Signalwirkung eines vollständigen Erfolges der Drucker auf die Arbeiterklasse als ganze.

## AUFTAKT

Schließlich stimmte bei einer Wahlbeteiligung von 86 % 55% der Drucker für die Annahme des Verhandlungsergebnisses, das linear 6% mehr Lohn vom 1. Juni an und 275 DM für April und Mai brachte. Aber viele Kollegen wollten mehr. "Mit 6% wären wir nicht zufrieden. Wir dürfen nicht unter 7% abschließen, um weiterhin ernst genommen zu werden." meinte ein streikendes SPD-Mitglied bei der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung in Essen eine Woche vor dem Zusammenkommen des Endergebnisses.



## Bundesweit Drucker STREIKBEREIT

Im Bezirk Nordmark stimmten nur 40,6 Prozent mit "Ja", im Bezirk Essen 43 %, in Rheinland-Pfalz 67,1 %

Gleichzeitig hat auch Leonhardt Mahlein in einem recht, wenn er einer "Zerschlagung der Lohnleitlinien von 5,4%" spricht. Viele Kollegen hätten mehr erwartet; die Unterbrechung des Streiks am 3. Mai wurde von vielen Kollegen kritisiert, und in einigen Großbetrieben stimmten sogar über 70% gegen das Ergebnis. Auf der positiven Seite hat der Streik viele Kollegen ermuntert, sich bei der nächsten Tarifrunde die entstandenen Lohnverluste wieder reinzuholen. In dem Sinne war der Druckerstreik ein Auftakt für größere Kämpfe um den Lebensstandard, die uns in den nächsten Monaten und Jahren bevorstehen.

H.Thielmann

# ARBEITSPLÄTZE VERTEIDIGEN !

"Die Belegschaft ist schon stückweise abgebaut worden. Heute haben wir mehr Arbeit als vor zwei Jahren, von 50 in meiner Abteilung sind aber nur noch 40 übriggeblieben."

"Die Arbeitgeber haben auf unseren Knochen rationalisiert."

"Statt mit 3 Mann müssen wir jetzt zu zweit die Zeitungen packen."

"Die Arbeitshetze wird immer größer, es bleibt keine Zeit mehr für ein kleines Gespräch mit dem Kollegen."

"Die Unternehmer haben mit Investitionszulagen die Arbeitslosigkeit erhöht."

Dies berichteten uns Beschäftigte einer Essener Großdruckerei, in der u.a. die "Welt" und die "Neue Ruhr Zeitung" hergestellt werden:

"Wir wissen hier nie, wie wir dran sind, ob der Laden hier zugemacht wird. Es gibt Gerüchte über eine Verlegung der Druckerei, die Stimmung ist schlecht, der Druckvertrag bis 1976 wurde noch nicht verlängert. WELT und NRZ sind im Verbund; wenn die NRZ eingestellt wird, dann wird die WELT in Hamburg oder Frankfurt gedruckt; 1000 Mann könnten davon betroffen sein. Spätestens Ende 1977 sind wir hier weg."

## Entlassungen

Die Erfahrung der Essener Drucker ist nur ein Beispiel von vielen: In allen Ecken und Enden des Bundesgebiets müssen die Drucker und Setzer um ihre Arbeitsplätze bangen. Neue, rationellere Druck- und Setzmaschinen und eine ständige fortschreitende Konzentrierung auf Großdruckereien sowie das seit Jahren unverminderte Zeitungssterben und Betriebszusammenbrüche in der Druckindustrie seit 1969

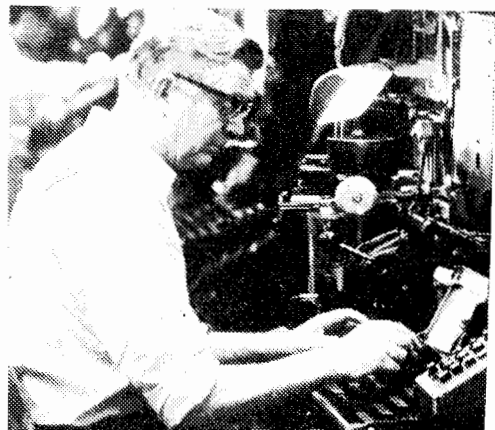
triebszusammenbrüche haben in der Druckindustrie seit 1969 über 32 000 Arbeitsplätze vernichtet.

Ende 1975 war die Gesamtzahl der Beschäftigten gleich hoch wie 1961. Jeder reunte Beschäftigte ist in den letzten Jahren diesem Abbau zum Opfer gefallen. Die Industriegewerkschaft Druck und Papier veranschlagte noch im Jahr 1973

für das Jahr 1980 über 211 000 Beschäftigte in der Branche, heute ist die Zahl jedoch bereits auf 190 000 zusammengeschrunpft.

## Technische Umwälzungen

Technisch wurden in den letzten Jahren große Umwälzungen vollzogen: Die Umstellung von Buchdruck auf Offsetdruck hält unvermindert an, Lichtsatz und Elektronik setzen sich immer mehr durch. Aber all diese technischen Errungenschaften kommen weder den mit Entlassungen konfrontierten Druckern noch den Zeitungslesern zugute, zumal die Preise für Zeitungen und Zeitschriften ständig gestiegen sind.



Wie lange wird er noch Arbeit haben ?

In Stuttgart beispielsweise ist seit März der Druck der beiden bisher getrennt hergestellten Tageszeitungen Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten zusammengelegt. Künftig können so in der neuerrichteten Zeitungsdruckerei die beiden Blätter mit weniger Beschäftigten hergestellt werden, als früher in einer der beiden Druckereien tätig waren. Und diese neue Druckerei hat noch genügend Reserven, um eine dritte Zeitung, die "Rheinpfalz", die in einer entfernten Stadt gedruckt wird, per Computersatz und Datenverarbeitung vorbereiten zu lassen.

Immer mehr bisher selbständige Zeitungen schließen sich den großen Zeitungsketten an und beschränken sich auf die Produktion eines eigenen Lokalteils, während die Nachrichten aus Politik, Wirtschaft und Kultur von größeren Blättern übernommen werden. So wurde bereits vor 2 Jahren die in Göppingen erscheinende Neue Württembergische Zeitung eingestellt, und die ihr untergeordneten Lokalblätter werden jetzt von den Stuttgarter Nachrichten versorgt.

Die "Neue Hannoversche Presse" (NHP) produziert ebenfalls nur noch einen eigenen Lokalteil und bezieht alles andere von der "HAZ". Als Folge dieser "Koopeation" wurden 40 Redakteure und 160 Drucker und Setzer entlassen.

So werden die Errungenschaften der Technik und Wissenschaft im Rahmen dieses kapitalistischen Systems zu einem Verhängnis für Tausende und Abertausende von Druckern, Setzern und Redakteuren, bedeutet die Einführung der modernsten Maschinen den Abbau der Arbeitsplätze, soziale Unsicherheit und Angst vor dem morgigen Tag.

Leonhardt Mahlein, der Vorsitzende der IG Druck, hat in der Januar-Ausgabe der Gewerkschaftszeitung "Druck und Papier" das alte Märchen von Investitionen, die angeblich Arbeitsplätze schaffen, enthüllt:

"Wenn die Farmel von Bundeswirtschaftsminister Friderichs stimmen würde, daß Unternehmensgewinne von heute... die Investitionen von morgen und die sicheren Arbeitsplätze von Übermorgen sind, dann hätten die Unternehmensgewinne von vorgestern und die Investitionen von gestern eigentlich auch die sicheren Arbeitsplätze von heute sein müssen. Wo aber sind sie geblieben?"

Diese Bedrohung der Existenz vieler Beschäftigter der Druckindustrie stellt die Frage, wie und mit welchen Forderungen nun die Gewerkschaft wirkungsvoll dagegen kämpfen kann. Ein Essener Drucker meinte zu unserer Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich:

"Diese Forderung wäre für uns akzeptabel; der Lohn muß derselbe sein wie

früher." Ein anderer: "Man müßte das Rentenalter runtersetzen - natürlich ohne Verlust - und die Sechstageswoche im Zeitungsgewerbe abschaffen."

## 35-Stunden-Woche

Mit einem klaren Programm muß die IG Druck jetzt den Kampf um jeden Arbeitsplatz aufnehmen und ihre Mitglieder dafür mobilisieren. Kernpunkte eines solchen Programms wären:

- o Keine Entlassungen!
- o Kein "natürlicher Abgang" ohne Neueinstellungen! Denn wenn einmal ein Arbeitsplatz verschwindet, dann ist er so gut wie für immer weg.
- o Für die 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust!
- o Für die gleitende Arbeitszeitskala! Das heißt, wenn nicht genügend Arbeit vorhanden ist, um alle Arbeiter voll zu beschäftigen, soll die Arbeit unter allen aufgeteilt werden und die Arbeitszeit entsprechend gesenkt werden, natürlich bei gleichbleibendem Einkommen.

Es ist nicht einzusehen, weshalb die modernen technischen Errungenschaften heutzutage weder dem Arbeiter noch der Bevölkerung insgesamt zugute kommen, sondern im Gegenteil immer nur die Arbeiter unter ständig steigendem Leistungsdruck und den ungewissen Zukunftsaussichten zu leiden haben. Deshalb sollen jetzt die Bosse die Suppe auslöffeln, die sie ständig den Arbeitern einzubrocken versuchen.

Und wenn sie sich wehren, uns alle am technischen Fortschritt teilhaben zu lassen, dann haben sie damit zugegeben, daß sie nur ihr eigenes Wohlergehen, nicht aber das der hart arbeitenden Arbeitern und Angestellten im Sinn haben.

Was spricht - außer den Profitinteressen der Druckereibesitzer und Verleger - dann noch gegen eine Verstaatlichung der gesamten Branche unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung?

Was spricht dann noch dagegen, daß im Rahmen einer demokratisch geplanten und kontrollierten Wirtschaftsordnung alle technischen Neuerungen zum Einsatz kommen und jedem einzelnen weniger Arbeitszeit, also mehr Freizeit und Urlaub bei gleichbleibendem oder sogar steigendem Lebensstandard bringen?

# Was bringt der AUFSCHWUNG ?

Die Bundesrepublik steht am Beginn einer Konjunkturaufschwung. Aber wird dieser Aufschwung wirklich Schluß machen mit Massenarbeitslosigkeit, Inflation, mit der Kürzung von Kollabien und der Abbau von Sozialleistungen ?

Selbst die bürgerlichen "Wirtschaftsexperten", die die überlegene Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft sonst nicht genug betonen können, haben diesmal starke Zweifel.

## ABWÄRTS

Nach einer Phase langanhaltender Aufwärtswirtschaft in den 50er und 60er Jahren sind die kapitalistischen Länder in eine neue historische Epoche eingetreten: in eine Epoche wachsender sozialer Spannungen und wirtschaftlicher Schwierigkeiten. In Umkehrung der Nachkriegsentwicklung wird das Bild der 70er und 80er Jahre gekennzeichnet sein durch eine allgemeine Abwärtswirtschaft, in der kurze Mini-Aufschwünge abgelöst werden durch längere und zunehmend scharfe Rezessionen und Krisen.

Die schwere Rezession der Jahre 73-75 war der Wendepunkt. Diese Rezession mit ihren katastrophalen Auswirkungen in allen westlichen Staaten ließ all jene Wirtschaftspraktiker und Politiker lächerlich aussehen, die uns während der letzten Jahrzehnte weismachen wollten, der Kapitalismus habe seine Probleme überwunden, Krisen gehörten der Vergangenheit an und es gebe keine Klassen mehr in diesem "neuen, sozialen" Kapitalismus.

Doch die Illusion einer Überflussesgesellschaft für alle konnte nur solange aufrechterhalten werden, wie der Nachkriegsaufschwung andauerte, solange der Kapitalismus es sich leisten konnte, Zugeständnisse an die Arbeiter zu machen.

Die erste ernstzunehmende Unterbrechung der langanhaltenden Nachkriegsaufschwung war die Rezession von 66/67 in der BRD. Sie betraf jedoch noch nicht die gesamte kapitalistische Welt gleichzeitig. Während sich die BRD in einem Konjunkturtief befand, erlebten andere wichtige Industriestaaten (wie die USA) eine Aufschwungphase, so daß die Ankurbelung der Exporte und staatliche Konjunkturspritzen die damalige Rezession nicht ziemlich leicht überwand.

Aber als in der BRD die nächste schwerwiegende Rezession begann, erlebten wir erstmalig eine Wirtschaftskrise, die die kapitalistische Welt gleichzeitig und in fast gleicher Stärke traf.

Kein Land konnte durch eine Ausdehnung seiner Ausfuhr eine Erholung der Wirtschaft herbeiführen (wie die BRD 1968). Vielmehr führte die gleichzeitige Rezession zu einem weltweiten Zusammenbruch der Exporte (der Umfang des Welthandels verminderte sich 1975 um 7 Prozent). Die Abschwundtenden in den wichtigsten Staaten verstärkten sich gegenseitig. 1975 erreichte die Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Welt die erschreckende Zahl von 18 Millionen - der höchste Stand seit 40 Jahren! Kaum vorstellbar, wieviel dringend benötigte Güter und Dienstleistungen dieses riesige Heer arbeitswilliger Menschen im Rahmen einer sinnvoll geplanten, demokratisch kontrollierten Wirtschaftsordnung erstellen könnte!

Die Bundesrepublik wurde von der weltweiten Rezession ebenfalls hart betroffen. Der hohe Anteil der Exporte an ihrer wirtschaftlichen Gesamtleistung (23 Prozent des Sozialprodukts), der sonst immer ein Vorteil und die Basis ihrer rasanten Wirtschaftsentwicklung sowie ihres relativen Wohlstandes gewesen war, wurde für die BRD im allgemeinen wirtschaftlichen Rückgang zu einer starken Belastung. Die Exportflaute machte auch alle Versuche des Staates zunichte, die Wirtschaft durch massive Konjunkturförderungsprogramme wieder in Gang zu bringen. Die inländische Ankurbelung konnte die Ausfälle im Außenhandel nicht wettmachen. Hauptsächlich aus diesem Grund hatte die Rezession für die BRD weit schwerwiegendere Folgen als die von 66/67:

Während das Sozialprodukt 1967 nur stagnierte, ging es 1975 um knapp 4 % zurück: statt 500 Mrd (67) gab es im letzten Jahr 470 Milliarden Arbeitslose im Jahresdurchschnitt. Auch die Preise stiegen 1975 um 6 %, während sie 1967 nahezu konstant waren.

## Fallende Profitrate

Eine grundlegende Ursache für die zunehmenden Schwierigkeiten des Kapitalismus und speziell für die tiefe internationale Krise der westlichen Industriestaaten in den vergangenen ist das langfristige Sinken der Profitrate in all diesen Ländern. Der schon von Marx analysierte tendenzielle Fall der Profitrate im Kapitalismus hat in der letzten Periode in allen wichtigen Industriestaaten erneut seine Bestätigung gefunden. Diese zunehmende Profitklemme ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung des industriellen Wachstumsprozesses in kapitalistischen Volkswirtschaften. Sinkende Profitraten haben aber eine

ne Drosselung der Investitionstätigkeit der Konzerne zur Folge, und das zeitweilige Auftreten eines solchen Investitionsrückgangs in allen westlichen kapitalistischen Staaten sowie die damit verbundenen gegenseitigen Verstärkerwirkungen schaffen die bedingende für eine einschneidende weltweite Rezession.

Doch der Fall der Profitrate ist nicht langfristige Erscheinung. In steigender sich in einem Trend - ider, kurzfristig unterliegt dieser Trend - parallel der Konjunktur- und Kapitalistischer Zyklus - zyklischen Schwankungen.

Die durch sinkende Profitrate und schließlich zurückgehende Investitionstätigkeit herbeigeführten Konjunkturkrisen stellen (wenigstens teilweise) die Bedingungen für ein zeitweises Anwachsen der Profitrate, der Investitionen und damit für einen neuen Aufschwung wieder her. In diesem Sinne werden die zyklisch auftretenden Rezessionen aus kapitalistischer Sicht unverblümt als "Reinigungsaktionen" bezeichnet.

In ihrem Verlauf werden bei hoher Arbeitslosigkeit die Reallohne tendenziell gedrückt, kostensparende Rationalisierungsinvestitionen durchgeführt und die Arbeitsbetriebe erhöht. Weiterhin sorgt der Staat über Kürzungen der Sozialleistungen und erhöhte Steuern einerseits sowie massive Subventionen und Konjunkturprogramme für die Industrie andererseits für eine Umverteilung zugunsten der Unternehmer. Schließlich werden im Vorlauf der Rezession infolge gedrosselter Investitions- und Produktionstätigkeit die Lagerbestände der Industrie abgebaut, so daß eine Wiederauffüllung der Lager für die Unternehmen notwendig wird, um überhaupt liefern und damit konkurrenzfähig zu bleiben. So kommt es letztlich bei verbesserter Profitabilität erneut zu einer Belebung.

## Für eine sozialistische Planwirtschaft

ner Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg 1980 um 1,5 Millionen bewegen.

Das also hat uns der Kapitalismus im besten Fall zu bieten. Die Aussicht aufeinander und sogar zunehmender Massenarbeitslosigkeit macht den völligen Bankrott der sogenannten "sozialen Marktwirtschaft" deutlich.

Und zu welchem Zweck werden der Arbeiterklasse die gewaltigen Opfer abverlangt? Staatssekretär Schlecht vom Wirtschaftsministerium wies vor kurzem "kritiklos natürlich auf die Nutznießer hin: "Die Unternehmensgewinne werden in diesem Jahr mehr als doppelt so stark steigen wie die Löhne" (SZ, 14.5.76). Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bestätigte schon wenige Tage später diese Aussage (SZ 26.5.76): "Im ersten Quartal 1976 sind die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vorräten sogar um 21 Prozent gestiegen, die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit dagegen nur um 5,3 Prozent. Und die Unternehmen geben sich hiermit noch keineswegs zufrieden; sie erhöhen nunmehr ihre Preise, wie das Beispiel der Autoindustrie zeigt. Selbst die bestimmt nicht unternehmerische Süddeutsche Zeitung kritisiert das Verhalten der Industrie: Sie habe "heute Eiligeres zu tun, als in einer Art Kinostatt-Mentalität zu Produktivitätsgewinnen auch noch Preisgewinne kassieren zu wollen." (6.5.76)

Eine Umkehr in der bisher lehrhaft abwärts gerichteten Tendenz der Preissteigerungen ist schon jetzt erkennbar, und es ist diesmal wohl jedem bewußt, daß nicht - wie immer behauptet - die Werkerschaften (die in den letzten fünf-runden Lohnverzicht geübt haben) die Schuld an der sogenannten "Lohnprension" also an der Inflation, tragen. Gleichfalls ist schon heute absehbar, daß die für 1976 vorausgesagte Inflationsrate (4,5 - 5 %) von der tatsächlichen Entwicklung übertraffen werden wird, damit wird vor realer Lebensstandards der Bevölkerung noch stärker angesetzt.

Die Analyse der gegenwärtigen Wirtschaft zeigt also, daß es die materielle Ebene der arbeitenden Menschen nicht geben kann. Die Lohnbeschränkungen haben nicht die versprochenen Auswirkungen. Nur eine lang anhaltende und kräftige Aufwärtsentwicklung in stile der Nachkriegszeit - könnte die Arbeiterschaft in Grenzen halten und den Lebensstandards sichern. Doch für einen solchen Bild besteht unter den heutigen Bedingungen keine Möglichkeit: denn mittel- und langfristig wird es keine Entlastung der durchgeführten Profitabilität für die Unternehmer geben. Dies gilt sowohl für die Kosten- als auch die Nachfrageseite der Kalkulation. Die Hauptkomponenten herabsetzen sind die Löhne, und die Arbeiterklasse wird mit Sicherheit keine noch weitergehenden Angriffe auf ihren Lebensstandard kampflos hinnehmen.

Auf der anderen Seite können auch von der Konsumgüternachfrage bei gedrosselter Lohnentwicklung kaum nennenswerte Wachstumimpulse ausgehen. Die Staatsausgaben sind in den vergangenen Jahren weit Hilfe gewaltiger öffentlicher Verschul-

den zu tätigen und die öffentliche Verschuldung zu vergrößern. Das führt zu einer Steigerung der Staatsschulden, die wiederum zu einer Erhöhung der Zinsen führt, was die Investitionstätigkeit weiter drosselt.

Die Tatsache, daß die Profitrate in den westlichen Industriestaaten sinkt, ist ein Zeichen für die allgemeine Krise des Kapitalismus. Sie zeigt, daß die Arbeiterklasse nicht mehr die Früchte der Produktion in ausreichendem Maße erhalten kann. Dies ist die Ursache für die zunehmende soziale Ungerechtigkeit und die damit verbundenen Konflikte.

Die Arbeiterklasse hat die Verantwortung übernommen, diese Krise zu überwinden und die Produktion wieder in Gang zu bringen. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern und den Wohlstand der Bevölkerung zu erhalten. Die Arbeiterklasse muss sich für eine sozialistische Planwirtschaft einsetzen, die die Produktion planmäßig steuert und die Ressourcen effizient einsetzt.

Die Arbeiterklasse muss die Kontrolle über die Produktion übernehmen und die Produktion planmäßig steuern. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern und den Wohlstand der Bevölkerung zu erhalten. Die Arbeiterklasse muss sich für eine sozialistische Planwirtschaft einsetzen, die die Produktion planmäßig steuert und die Ressourcen effizient einsetzt.

Die Arbeiterklasse hat die Verantwortung übernommen, diese Krise zu überwinden und die Produktion wieder in Gang zu bringen. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern und den Wohlstand der Bevölkerung zu erhalten. Die Arbeiterklasse muss sich für eine sozialistische Planwirtschaft einsetzen, die die Produktion planmäßig steuert und die Ressourcen effizient einsetzt.

Die Arbeiterklasse muss die Kontrolle über die Produktion übernehmen und die Produktion planmäßig steuern. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern und den Wohlstand der Bevölkerung zu erhalten. Die Arbeiterklasse muss sich für eine sozialistische Planwirtschaft einsetzen, die die Produktion planmäßig steuert und die Ressourcen effizient einsetzt.

## LEBENSSTANDARD

Die Arbeiterklasse hat die Verantwortung übernommen, diese Krise zu überwinden und die Produktion wieder in Gang zu bringen. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern und den Wohlstand der Bevölkerung zu erhalten. Die Arbeiterklasse muss sich für eine sozialistische Planwirtschaft einsetzen, die die Produktion planmäßig steuert und die Ressourcen effizient einsetzt.

Die Arbeiterklasse hat die Verantwortung übernommen, diese Krise zu überwinden und die Produktion wieder in Gang zu bringen. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern und den Wohlstand der Bevölkerung zu erhalten. Die Arbeiterklasse muss sich für eine sozialistische Planwirtschaft einsetzen, die die Produktion planmäßig steuert und die Ressourcen effizient einsetzt.

## Ausweg

Die Arbeiterklasse hat die Verantwortung übernommen, diese Krise zu überwinden und die Produktion wieder in Gang zu bringen. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern und den Wohlstand der Bevölkerung zu erhalten. Die Arbeiterklasse muss sich für eine sozialistische Planwirtschaft einsetzen, die die Produktion planmäßig steuert und die Ressourcen effizient einsetzt.

## Impressum

VERLAG DER ARBEITERSCHAFT

43 Essen 1, Siedlerstr. 1  
Tel. (030) 3001/678260

Kontingenztarif: Postfachamt Essen,  
Vertrauensstellen 170 20 - 433

Verantwortlicher Redakteur: H. D. J. Finger

# Kein Abbau bei der Bahn!

Die in oben ist das unweilfreundliche, aber gerade und kostengünstigere Verkehrsmittel nicht nur im Personals- und Eisenverkehr, sondern vor allem auch im Güterverkehr. Der Güterverkehr soll daher so weit wie möglich in den Hauptverbindungsachsen vorwärts vorangebracht werden. Die Wartungsbearbeitungen zählten Schiene auf streifenmäßig angelegten werden." Diese Aussage können wir im Wahlprogramm der SPD Parteil für die Bundesbahn vom 1977 nachlesen. Das Programm enthält das einzige Wort etwas "Unternehmensstruktur" und Personalabbau bei der Deutschen Bundesbahn.

Das DB-Mitglied jedoch regelmäßig ein Ausschuss der drei sozialdemokratischen Parteien (Kunau, Vogelpand, Schmitt (Wirtschaft) und Pohlmann) über die Pläne zur Unternehmensstruktur zu beraten. Bereits im Januar hat der Bundesbahn-Vorstandswitzling Dr. Vaerdt (SPD-Mitglied) ein Plan zu einem "Betriebswirtschaftlichen Plan" von rund 16 000 vorgegeben, gegenständig über 29 000 km vorgestellte.

Der Versuch der "Planer" gleicht dem Versuch eines Obstbauers, einen Baum dadurch zu kurtieren, daß er ihm die Zweige, Äste und Wurzeln abhackt.

Als Begründung für den "Sachzwang", der die Abbaumaßnahmen nicht vorbeiführen, werden die Verlebenspolitiker, Bundesbürokratien und Industriellen auf das riesige Defizit der Bahn. Doch betrachten wir dieses Defizit genauer, und zwar in einzelnen Punkten:

- 2 Milliarden für die Altersversorgung ehemaliger Bediensteter,
- 1 Milliarde Verlust im Stückgutverkehr, sowie
- 2 Milliarden allein an Zinsen pro Jahr, die den privaten Finanziers und Großbanken zufließen.

Also bereichern sich diese Schmarotzer auf Kosten des kleinen Mannes und des Eisenbauers. Daneben muß die Bundesbahn immer noch 13 Mrd. Altschulden für die Beseitigung von Kriegsschadensarbeiten!

Neben den Großbanken ziehen auch noch andere ihren privaten Nutzen aus der Misere der Bundesbahn. Automobil- und LKW-Hersteller, Maschinenbau- und Metallfirmen. Der LKW-Hersteller Industrie hat seit 1960 um 20 Prozent zugenommen. Der Staat hat seit Kriegsbeginn zusammen in das Straßen- und Autobahnnetz gesteckt und den Straßenverkehr auch durch den Wegfall der Wert- und Verbrauchssteuer einseitig bevorzugt. Der Kraftkraftkraftverkehr deckt wiederum nur 50 Prozent der Kosten für den Transport, die Eisenbahn jedoch wird mit 80 Prozent belastet.

Von 1950 bis 1974 sind 33 Milliarden Mark mehr für den Straßenbau ausgegeben worden, als der Kraftverkehr über Steuern eingebracht hat.

## Privatisierung

Die Sprecher der Unternehmensverbände haben natürlich schon wiederholt gefordert, daß die mit Gewinn arbeitenden Strecken und Bahnbuslinien privatisiert werden. Den unprofitablen Rest wollen sie gerne der Allgemeinheit überlassen. Aber jeder kann sich vorstellen, daß privat betriebene Bahnhöfen, die also einen möglichst hohen Profit abwerfen sollten, für einen normalen Arbeiter unerschwinglich werden.

Also wird er noch mehr als bisher gezwungen sein, auf das Auto umzusteigen. In Los Angeles (USA) hat ein Automobilkonzern Buslinien aufgekauft und wenig später eingestellt, damit auch der letzte Bürger sich ein Auto anschafft. Ähnlich könnte es auch in der BRD laufen, wenn Privatinteressen voll und ganz über den öffentlichen Nahverkehr walten.

Am 3. Februar nämlich hat der Bundesbahn-Verwaltungsrat die Gründung von drei privatrechtlichen Omnibusversuchsgesellschaften beschlossen, was einer Privatisierung der Buslinien durch die Hintertür gleichkommt.

Die Versuchsgesellschaften erhalten die kostengünstigen, profitablen Linien zugeteilt, während die verbleibenden Strecken von der Bundesbahn weiterhin als Defizit mitgetragen werden müssen.

Ein besonders kühnes Beispiel für die totale Inkompetenz des Spitzenbürokraten im Bundesverkehrsministerium ist die trotz lauten Protestes aus der Bevölkerung vorgenommene Stilllegung des Personenverkehrs auf der Bahnlinie Amberg-Schnaitzenbach (Boyern) vom diesjährigen Sommerfahrplan an. Dort hat die Bundesbahn die "Unrentabilität" der Strecke selbst hervorgerufen, und die verantwortlichen Behörden haben ohnehin von der Verkehrslage am Ort keine Ahnung.

Das entscheidende Argument der Verwaltung war, daß der Mittagszug Amberg-Schnaitzenbach fast nicht besetzt sei. Die Verwaltung hat demgegenüber darauf hingewiesen, daß sich eine halbe Stunde vor Abfahrt des Zuges Hunderte von Schülern wie Ölsardinen in Bussen drängen, und deshalb nur die Abfahrtszeit des Zuges um eine halbe Stunde vorverlegt werden müßte!

Und wenn die Verwaltung immer noch über mangelnde Rentabilität der Bahn klagt, dann fragen wir: Leiden die privaten Zuliefererfirmen, die Eisenbahnwaggons, Lokomotiven, Maschinen und Fahrpläne herstellen, auch unter einer "mangelnden Rentabilität", oder machen

nicht gerade sie noch ein großes Geschäft mit der Bahn, das die Defizite noch mehr vergrößert?

Viele bürgerliche Ideologen behaupten immer wieder, daß die Bahn das beste Beispiel dafür sei, daß doch die Verstaatlichung die Quelle allen Übels ist, und daß alle Unternehmen in privater Hand besser aufgehoben seien.

## Planwirtschaft

Aber wer wirklich in einer Privatisierung eine Lösung sieht, der soll einmal einen Blick nach Osteuropa werfen. Obwohl in all diesen Ländern die Arbeiter keine echte Kontrolle über die Wirtschaft haben, obwohl Beamte nicht demokratisch wählbar und abwählbar sind, und obwohl es keine Freiheit für verschiedene Arbeiterparteien gibt, nehmen dort die Eisenbahnen einen festen Platz innerhalb einer verstaatlichten Planwirtschaft ein und sind keinesfalls bedroht.

In der Sowjetunion wird gegenwärtig eine zweite transsibirische Eisenbahnstrecke gebaut, ebenso entsteht durch den Kaukasus der ängste Eisenbahntunnel der Welt.

Die polnischen Staatsbahnen sehen im neuen Fünfjahresplan 1976-80 eine Verdoppelung der Kapitalinvestitionen gegenüber dem vorigen Fünfjahresplan vor. Der Gütertransport durch die Bahn wächst ständig an, 1975 waren es 458 Millionen Tonnen, bis 1980 sollen es 570 Millionen Tonnen sein.

In Bulgarien ist der Bahn-Frachtverkehr seit 1970 um 17 Prozent gestiegen, und bis 1980 sollen nur weitere 15 Prozent hinzukommen. Die letzte Preiserhöhung im Personenverkehr war 1954!



InterCity- und TEE-Züge wird es weiterhin geben, aber welche Arbeiterfamilie kann sich das schon leisten!

lende Arbeiter nur "bei Bedarf" beschäftigt werden und erst dann in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommen werden, wenn sie sich "als tüchtig" erwiesen haben. Dies kann und darf in der Tat kein Eisenbahner zulassen.

Deswegen muß jetzt der Kampf geführt werden gegen jeglichen Strecken- und Personalabbau, gegen Kurzarbeit, Lohnkürzungen und Abbau der Sozialleistungen bei der Bundesbahn und für einen weiteren Ausbau des Personen- und Güterverkehrs.

Aber es geht hier ja nicht nur um die Zukunft von knapp einer halben Million Eisenbahner und ihrer Familien. Es geht um das Bedürfnis nach bequemere, schneller und günstiger Fortbewegung.

Dabei haben die Eisenbahner ebenso wie die Arbeiter der Automobilbranche das gemeinsame Interesse an sicheren Arbeitsplätzen, einem angemessenen und garantierten Einkommen, sozialer Sicherheit und den optimalsten Fortbewegungsmöglichkeiten. Und beide sehen sich in diesem System, bei dem der Profit alles diktiert, scharfen Angriffen auf allen Gebieten gegenüber.

Die einzige Lösung wäre die Schaffung eines integrierten Verkehrssystems, bei dem alle Bereiche harmonisch aufeinander abgestimmt sind. Dazu müssen alle damit zusammenhängende Bereiche, die Automobilkonzerne, LKW-Fabriken, Straßenaufbauten, Maschinenbauindustrie, Mineralölkonzerne etc. verstaatlicht werden, ebenso wie die Großbanken.

Die bisherigen Manager der Privatindustrie wie auch die höheren Beamten und die Führungsspitze der Bundesbahn müssen dann durch demokratisch gewählte Vertreter der Belegschaften ersetzt werden. Die Aufsichtsräte der einzelnen Firmen können zusammengesetzt werden aus zu je einem Drittel Vertretern der jeweiligen Belegschaft, des DGB als allgemeine Vertretung der Arbeiterklasse sowie der Bundesregierung als Vertreter einer breiteren Öffentlichkeit.

Auf der Grundlage einer sozialistischen Verkehrspolitik wären die Arbeitsplätze aller Beschäftigten sicher und könnte ein bundesweiter, demokratisch aufgestellter Verkehrsplan verwirklicht werden, der sich nicht mehr wie jetzt um privaten Profitstreben weniger Großkonzerne, sondern um Interesse der Arbeiter wie überhaupt der breiten Bevölkerungsschichten orientiert. Karl Burkhardt



Die GdED, der 76 Prozent aller Eisenbahner angehören, hat gegen die Pläne der Bundesbahn energisch protestiert. Wir fordern die Politik auf, sich der knallharten Lobby des Strassenverkehrs und der autoverbundenen Industrien einschließlich der Mineralöl- und Reifenkonzerne zu widersetzen" (aus der GdED-Broschüre).

GdED-Funktionäre haben auch ebenso klar gegen Pläne Stellung genommen, die die Einführung von Kurzarbeit für die Arbeiter und Angestellten und die Einführung eines Zeitarbeitsverhältnisses vorsehen.

Denn ein solches Zeitarbeitsverhältnis würde bedeuten, daß neu einzustel-

Die Wahlbeteiligung für den Asta verdoppelte sich auf 10 Prozent. Auf der letzten Vollversammlung waren 600 Studenten anwesend. Sie wollten über die Mittelkürzungen an den Hochschulen, die Verschlechterung der sozialen Situation, Verschärfung der Prüfungen, Verlebenspolitik und die Gegenmaßnahmen beraten.

## Wie Schwerverbrecher

Fürst Nikolaus von Lobkowitz, der Rektor der Uni, wendete (völlig "legal") sein Hausrecht an. Er ließ die seit morgens um 11 Uhr bereitstehende Polizei einsetzen.

Die Türen zum Hörsaal waren plötzlich abgeriegelt. Die ersten 20 bis 30 Studenten wurden zum Teil brutal an den Haaren gezogen über die Banke geschleift und aus dem Raum gezogen. Sie wurden nicht einmal aufgefordert, freiwillig mitzukommen.

Die Teilnehmer beschlossen darauf hin, die Versammlung abbrechen und den Raum friedlich zu verlassen. Der Einsatzzleiter der Polizei: "Nein! Alles hierbleiben, der Raum ist abgesperrt jeder ist vorläufig festgenommen." Die wie Schwerverbrecher abgeführten Leute fanden sich bald in wohlingerichteten Räumen im Keller der Uni wieder. Mehrere Beamten und Fotografen erwarteten sie. Am darauffolgenden Tag versammelten sich spontan über 3000 Studenten vor der Mensa und zogen zum Kultusministerium, um die Aufhebung der Strafanträge, Herausgabe des erkennungsdienstlichen Materials und Zurücknahme des Raumverbots zu fordern. Am Freitag trafen sich 2000, um die Verteidigung der Betroffenen zu beraten.

Die Berichterstattung über die Ereignisse in den Münchner Lokalblättern und im Rundfunk war "unter aller Sau", wie die meisten Augenzeugen berichteten. Obwohl die Versammlung friedlich verlief und ein leerer Hörsaal benutzt worden war, hieß es, mit Gewalt seien der Hör-

saal besetzt, die Vorlesung gesprenkt, der anwesende Professor verprügelt worden.

## Perspektive

Kämpfe wie die der Münchner Studenten um die Verteidigung bzw. Schaffung demokratischer Organe zur wirksamen Vertretung der tagtäglichen Interessen der Studenten werden in nächster Zeit zunehmen. Ebenso müssen ja auch die Gewerkschaftskollegen ständig die Unabhängigkeit ihrer Organisationen von Unternehmer und Staat verteidigen. Arbeiter wie Studenten sind in vielen Bereichen mit denselben Problemen konfrontiert: Höhere Lebensmittelpreise, Mieten, Fahrpreise und staatliche Zuschüsse.

Aber anstatt nur immer mit der Parole "gewerkschaftliche Orientierung" aufzutreten, sollten die sozialistischen Studentengruppen jetzt endlich konkret werden. Sie können mit den örtlichen Gewerkschaftsorganen Verbindung aufnehmen, im Fall von Streiks ihre Hilfe anbieten, Streikposten unterstützen, Solidaritätsspenden sammeln, den Arbeitern bei der Publizierung von Material zur Seite stehen. Nur indem die Studenten konkrete Hilfe anbieten und ihre Bereitschaft zeigen, von den Arbeitern selbst zu lernen, können sie auch mit der Unterstützung der Arbeiter rechnen, wenn es etwa um einen gezielten Boykott der Mensa bei angekündigten Essenspreiserhöhungen durch Lieferwagenfahrer und Küchenpersonal geht.

Nur auf sich gestellt wird die Studentebewegung in dieser Gesellschaft nichts Grundlegendes ändern. Aber wenn es die Sozialistischen Studenten schaffen, Verständnis für ihre Probleme in der Arbeiterklasse zu finden, dann können sie unter Führung der Arbeiterklasse mit dazu beitragen, daß die in den nächsten Jahren anstehenden großen Kämpfe zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft führen. K. Pfeifle

# Studenten und Arbeiter ein gemeinsamer Kampf

Mittwoch, 9. Mai 1976 - 15 Uhr, München, Mensa Uni.

Die Teilnahme der Studenten an der öffentlichen Versammlung von über 4000 Studenten, die am 9. Mai in der Mensa der Universität stattfand, wurde von den Medien als "eines der größten Ereignisse seit 1974/75" bezeichnet. Die Veranstaltung wird bis zum nächsten Sonntag von der Polizei festgehalten.

## Hintergründe

Seit Jahren schon liefen die Bestrebungen von GdED/UB, die Rechte der studentischen Selbstverwaltung einzuschränken, die Mandate von bisher in Bayern die stärksten Studierendenverbände in Wintersemester 1974/75 wurden mit Einführung des neuen Hochschulgesetzes (BHG) die "allgemeinen Studentenausschüsse" (Asta) offiziell abgeschafft und verboten.

Die Studenten warteten sich, weil sie selbst bestimmen wollten, wer sie vertreten sollte.

Die nach dem BHG vorgesehenen "Sprengsätze" sind in Wirklichkeit keine Interessenvertretungsorgane für die Studenten mehr. Sie sind nicht mehr unabhängig vom Rektor der Universität und der Bürokratie im Kultusministerium. Im Gegenteil: Der Rektor muß den Haushalt der Sprengsätze genehmigen. Für jede Aktion muß Geld beantragt werden. Was

der Rektor nicht paßt, kann er einfach verbieten. Notfalls hat er auch noch eine letzte Waffe gegen eine unbequeme Studentenvertretung: Er kann sie einfach auflösen und Neuwahlen ausschreiben.

Sogenannte radikale Gruppen, unter anderem auch der Sozialistische Hochschulbund (SHB), durften keine Räume mehr für Veranstaltungen benutzen. Flugblätternverteiler und Büchertische an Uni und Mensa waren offiziell verboten. Elementare Grundrechte, die so nötig sind wie der Sauerstoff zum Atmen, sollten so entzogen werden.

Vom DKP-nahen MSB-Spartakus, dem SHB und dem Liberalen Hochschulverband ging die Initiative aus, unter dem Namen "Asta e.V." einen privatrechtlichen Verein weiterzuführen, der die Interessen der Studenten vertritt.

Unterstützt wurde dieser Versuch auch von den Münchner Jungsozialisten, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Boyerns und der DGB-Jugend.

Anfänglich schienen die Maßnahmen der Reaktion die gewünschte Wirkung zu haben. An den vom Asta einberufenen Vollversammlungen beteiligten sich nur 100 bis 300 Studenten.

Plötzlich erschien Artikel in der Presse wo sich Professoren beschwerten, daß das Klima an der Uni duckmäuserisch geworden sei und die Studenten es nicht mehr wagten, in den Vorlesungen und Seminaren zu diskutieren. In den letzten Monaten drehte sich der Wind jedoch wieder.

L.U.S.T. - das heißt "Lehrlings- und Schülertreff". Darunter verstehen wir den Arbeitskreis Lehrlinge und Schüler der Remscheider Jungsozialisten.

Ursprünglich war dieser Kreis nur für Schüler da, nachdem jedoch einige Lehrlinge Interesse gezeigt hatten und wir uns ein klareres Verständnis einer sozialistischen Strategie gebildet hatten, wurden Name, Inhalt und Orientierung dieses Kreises geändert.

In unserem Grundsatzprogramm sagen wir: "Schüler und Lehrlinge werden mit gemeinsamen Problemen konfrontiert. Durch das kapitalistische System werden sowohl Schüler als auch Lehrlinge unterdrückt."

Dies ist für uns ein zentraler Punkt, denn man redet so oft darüber, mit welchen Problemen die Jugendlichen in Schule und Betrieb fertig werden müssen: Streß, Ausbeutung, Konkurrenz, Frustration. Doch bei den Jusos bleiben leider allzu oft die Schüler unter der Hand, man redet ausschließlich über Bildungsprobleme. Die wenigen Lehrlinge und Jungarbeiter müssen sich oft mit Großraumtheorien (50 Prozent

Fremdwörter) zufriedengeben, selbst die reine Theorie bleibt unklar, und die konkreten Probleme von Lehrlingen und jungen Arbeitern werden oft gar nicht angesprochen oder bleiben unbeantwortet. Daß lediglich ein winziger Teil der Lehrlinge sich bei den Jusos organisiert, liegt hauptsächlich daran, daß die Zusammenhänge zwischen ihren konkreten Problemen in Betrieb und "Frei"-zeit und den gesellschaftlichen Grundwidersprüchen nicht deutlich genug herausgestellt werden.

Wir bei L.U.S.T. fingen jedoch an, ganz offen und vor allem in klarer Sprache die Probleme der Lehrlinge und Schüler zu reden, wobei die Lehrlinge über ihre eigene Erfahrung selbst frei reden konnten.

Es gab am Anfang noch auf beiden Seiten einige Vorurteile, die gemeinsame Diskussion über unsere Situation und die daraus folgende Diskussion über das kapitalistische System und seine Abschaffung gaben uns jedoch nach einiger Zeit eine stabile Grundlage, die wir dann in einem Grundsatzprogramm festlegten.

Dabei konnte es jedoch nicht bleiben. Weitsichtige Erkenntnisse, die als Buchstaben auf Papier begraben werden können, werden höchsten Studierzimmersozialisten befriedigen. Deshalb ging es da-

rum, alle Erkenntnisse so unmißverständlich zu verstehen und formulieren, daß die Alltagsprobleme der Lehrlinge und Schüler kurz und bündig zusammengefaßt werden. Wir meinen, daß uns dies in einer kurzen und knappen Form gelungen ist, und daß wir daraus konkrete und berechnete Forderungen abgeleitet haben. Wir waren uns jedoch gleichzeitig in klaren darüber, daß diese unsere Forderungen auf der Grundlage des gegenwärtigen Systems, vor allem in Krisenzeiten, nicht zu verwirklichen sind. Deswegen zogen wir mutig Konsequenzen, indem wir dieses System für total unfähig erklärten und die Übernahme der wirtschaftlichen und politischen Macht durch die organisierte Arbeiterklasse forderten, eine demokratische Kontrolle auf allen Ebenen durch die breite Mehrheit und nicht, wie jetzt, eine verschwindend kleine Minderheit.

Mit diesem Aktionsprogramm werden wir versuchen, junge Leute in Betrieb und Schule anzusprechen und sie für unsere politische Arbeit zu gewinnen, ebenso das Gespräch zwischen Schülern und Auszubildenden, Jusos und Gewerkschaftsjugend, Organisierten und Nichtorganisierten zu beschleunigen. Es ist wichtig, daß die Erfahrungen jedes einzelnen Mitgliedes eingebracht und diskutiert werden. Wir dürfen aber nie das Endziel vergessen: Die Krise hat gezeigt, daß Reformen undurchführbar sind, wenn man mit dem Geld der Arbeiter die Kapitalisten bezuschußt.

Alle aktiven L.U.S.T.-Genossen sind auch im SPD-Ortsverein und im Juso-Unterbezirk tätig. Dort versuchen wir, unsere Forderungen einzubringen. Mit Anträgen und Diskussionsbeiträgen bereichern wir dort regelmäßig die Versammlungen. Ebenfalls vergessen wir nicht, Schulen und Lehrlingsheimen zu besuchen. Auch die Gemütlichkeit wird nicht vernachlässigt: Zeltlager, Gitarrenabende, Feten etc. stehen auf dem Programm. Natürlich gibt es noch sehr

viel zu tun, wir wissen, daß wir erst am Anfang stehen. Aber im Hinblick auf die Zukunft können wir stolz auf die Basis sein, die wir bisher schon geschaffen haben. Schülerprobleme werden nicht mehr isoliert von Lehrlingsproblemen betrachtet, Reformen nicht mehr isoliert von der gesamten Veränderung der Gesellschaft.

Wir glauben auch, daß der Anfang, den wir geleistet haben, sich auch im ganzen Juso-Verband sehen lassen kann. Denn alles redet von einer Umorientierung, von der Verbindung Theorie-Praxis, von der Organisation junger Arbeiter, von Betriebsarbeit, wir aber haben dies in Angriff genommen. Wir sind bereits mit einigen Juso-Arbeitsgemeinschaften in Kontakt getreten, und dies war für uns sehr ergiebig, aber wir rufen alle Jusos, die diesen Artikel lesen, dazu auf, mit uns gemeinsam diese große Aufgabe anzupacken und die Jusos zu einem klaren sozialistischen Programm zu machen. Setzt Euch mit L.U.S.T. in Verbindung. Kontaktadresse:

Helmut Kipper  
Im Haddenbruch 25  
5630 Remscheid

## AKTIONSPROGRAMM

Der Lehrlings- und Schülertreff (L.U.S.T.) der Jungsozialisten Remscheid hat sich die Aufgabe gestellt, sich für die Interessen der Jugend am Arbeitsplatz und in der Schule einzusetzen, deren Probleme aufzugreifen und Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Für uns sind diese Probleme der Jugendlichen nur im Zusammenhang mit den Problemen der ganzen Arbeiterschaft zu sehen.

Aber solange dieses Programm ein Stück Papier bleibt, ist es nichts wert. Die in diesem Programm enthaltenen Forderungen stellen grundlegende Bedürfnisse dar, daher müssen wir kämpferisch für sie eintreten.

### JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Können wir als Jugendliche ein System akzeptieren, das nicht einmal in der Lage ist, uns einen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle zu garantieren? Selbst diejenigen, die eine vollständige Berufsausbildung hinter sich haben, werden nach Ende der Lehrzeit oft nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen.

Wir fordern daher:

- einen garantierten Arbeitsplatz für alle Lehrlinge und Schulabgänger!
- Vollen Lohn, auch bei Kurzarbeit!
- Keine Entlassungen!
- Konsequentes Eintreten des DGB für diese Forderungen!

### JUGEND IM BETRIEB

Selbst die, die das Glück haben, nicht arbeitslos zu sein, erhalten oftmals nur Gelegenheitsarbeiten oder eine Anstellung als billige Hilfskraft. In Krisenzeiten sind sie am härtesten betroffen.

Auch die Auszubildenden werden oft als billige Arbeitskraft, z.B. in der Massenproduktion, eingesetzt, weil sich die Ausbildung nur am Gewinn der Unternehmen orientiert. Darüberhinaus ist der Berufsschulunterricht mit der Ausbildung am Arbeitsplatz zu wenig abgestimmt. Die völlig ungenügende Ausstattung der Berufsschulen mit Lehr- und Lernmitteln macht einen wirksamen Unterricht unmöglich.

Die Jugendlichen, die ihre Ausbildung beendet haben, stehen vor dem Problem, für gleiche Leistung weniger Lohn zu empfangen. Sie werden oft zu ausbildungsfremden Arbeiten herangezogen.

Wir fordern daher:

- Ausbildung raus aus Unternehmerhänden und unter demokratische Arbeiterkontrolle von Staat, Gewerkschaften und Auszubildenden!
- Streikrecht für Auszubildende!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Einen Ausbildungsplatz für jeden!

### JUGEND IN DER SCHULE

Das augenblickliche Schulsystem entspricht den Bedürfnissen der Unternehmer und des Wirtschaftssystems, es ist geradezu maßgeschneidert, indem es gerade soviel Ausbildung zugesteht, die wir für die verschiedenen Berufen brauchen, aber es vermittelt keine gesellschaftlichen Zusammenhänge. Wir stellen fest, daß unser Ausbildungssystem die Arbeiterklasse vollkommen benachteiligt. Besonders schlecht kommen dabei die Gastarbeiter weg.

Die Hauptschulen, auf die immer noch der allergrößte Teil der Arbeiterkinder gehen, bekommen bis zu 6mal weniger an finanziellen Mitteln pro Schüler als Gymnasien. Der Prozentsatz der Arbeiterkinder, die es schaffen,

auf die Universität oder gar einen Abschluß zu bekommen, ist immer noch verschwindend gering.

Daher fordern wir:

- Massive Erhöhung der Ausgaben für Bildung in allen Bereichen!
- Angemessene Ausbildungsförderung (Bafög) ohne Darlehensanteil für alle Schüler und Studenten nach den Pflichtschuljahren, um jeden eine angemessene Ausbildung zu ermöglichen, die er haben möchte!
- Integrierte Gesamtschule als Regelschule!
- Das Recht für Schüler und Studenten, Gewerkschaften aufzubauen und sich frei politisch zu betätigen!
- Verwaltung aller Schulen und Universitäten durch Staat, Gewerkschaften und Betroffenen!

### JUGEND UND FREIZEIT

Die gegenwärtige Freizeitsituation sieht so aus: man hat entweder die Wahl zwischen einigen örtlichen Kneipen oder teuren Discotheken. Was heißt das nun für junge Arbeiter und Schüler mit wenig Geld? Durch die zu erwartenden hohen Geldausgaben ist der Abend schon fast verdorben, ehe er richtig angefangen hat.

Selbst Sportveranstaltungen, wie z.B. Fußball, sind schon fast zu teuer geworden. Trotzdem gibt es Leute, die sich wundern, wenn diese miserable Freizeitsituation zu steigender Jugendkriminalität führt.

Wir fordern daher:

- Gut eingerichtete Freizeitzentren unter Kontrolle aller Benutzer, und zwar in allen Stadtteilen!
- Verstaatlichung der großen Unterhaltungsmonopole (z.B. die Film- und Plattenindustrie) unter demokratischer Arbeiterkontrolle!
- Nulltarif überall!
- Entkommerzialisierung des Sports!

Die Unternehmer mit ihren Vertretern in der CDU/CSU und in FDP und in den Redaktionen der Presse fürchten sich vor den Anzeichen der Bewegung, die sich in der Jugend entwickelt. Sie kennen den Kampfgeist der Jugend, wenn sie einmal in Bewegung gerät. Ihre eigene Meinungsforschungsinstitute beweisen ihnen, daß sie unter der Jugend kaum eine Basis haben. Sie fürchten sich vor dieser Generation, die nichts hinnimmt und alles in Frage stellt.

Aber wohin führt uns die augenblickliche Entwicklung? Die Notwendigkeit einer echten Änderung steht uns Tag für Tag vor Augen: Arbeitslosigkeit, steigende Preise, immer höhere Mieten! Unsere Gesellschaft hätte die Mittel und das Wissen, diese Probleme zu lösen: über 90 Prozent aller Wissenschaftler, die je gelebt haben, leben heute. Seit 1945 hat es mehr Erfindungen gegeben als je zuvor. Wir sehen, die Voraussetzungen für diese Änderungen sind gegeben, bis auf eine, die Abschaffung des Profitsystems.

Wir haben versucht, in diesem Programm klarzumachen, daß dieses System, das sich nur am Profit des Unternehmers orientiert, den elementaren Bedürfnissen der überwältigen Mehrheit der Bevölkerung widerspricht.

Ein ernsthafter Kampf für die Verbesserung der Lage der Jugendlichen, mündet unserer Meinung nach, in den Kampf für den Sozialismus.

Wir müssen kämpfen für eine SPD-Alleinregierung, auf der Basis eines klaren sozialistischen Programms.



## UMORIENTIERUNG

### JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Der Vorstand nahm diesen Antrag an, und rief eine Projektgruppe ins Leben, die diese Kampagne koordinieren und durchführen soll. Unter anderem wird vorgesehen:

- Ein Massenflugblatt, das die Lage in der Stadt schildern und die politische Antwort der Jusos darauf bringen soll.
- Informationsstände in den Stadtteilen.
- Flugblattverteilungsaktionen an Schulen, Berufsschulen, Lehrwerkstätten und Fabriken.
- Eine zentrale Kundgebung in der Stadtmitte mit Rednern von den Jusos und von sozialistischen Gewerkschaftern.
- Kontakt aufnehmen mit gewerkschaftlichen Jugendgruppen, um sie für die Jusos zu werben.

Auf diese Weise soll erreicht werden, daß die Jusos sich nach außen wenden, um die Resignationstendenzen bei einigen Mitgliedern aufzuhalten, um neue Mitglieder gezielt aus den Reihen der jungen Arbeiter und Angestellten zu gewinnen und dadurch die soziale Zusammensetzung der Jusos erheblich zu verbessern. Im Rahmen der allgemeinen Wahlkampfarbeit soll die Juso-Position öffentlich klargemacht und die Interessen der jungen Arbeiter in der Partei zum Ausdruck gebracht werden.

Die Diskussionen über den genauen Inhalt von Flugblättern, Reden usw. dauern noch an, aber wenn es den Essenern gelingt, eine feste Basis in der Arbeiterklasse durch offensives Vertreten von klaren sozialistischen Positionen zu schaffen, könnte dies für Juso-Gliederungen in der ganzen BRD ein Signal sein, um die Krise der Jusos zu überwinden.

## In eigener Sache

Rückschlägen der letzten Jahre die Konsequenz gezogen, daß nur eine kämpferische sozialistische Offensive den Ausweg aus der Krise weisen kann.

Voran! kämpft als marxistische Jusotendenz dafür, daß die Jusos als Jugendorganisation der SPD zu einer Kampforganisation von jungen Arbeitern und Lehrlingen werden, mit einem klaren Programm, das die alltäglichen Probleme der Jugendlichen in Betrieb, Schule und Freizeit mit dem breiteren Zusammenhang, mit der Frage des Sozialismus verbindet. Denn nur so können die Jusos aus ihrem akademischen Elfenbeinturm herauskommen und sich eine solide Basis in den Reihen der Arbeiterjugend und der Gewerkschaften aufbauen. Wie einige Berichte in dieser Ausgabe zeigen, sind einige Juso-Untergliederungen bereits dabei, unsere Forderungen aufzugreifen.

Voran! wird nicht mit dicken Staats- oder Parteigeldern finanziert, sondern aus den Verkaufserlösen. Um jedoch die Zeitung noch weiter ausbauen und zusätzliche Broschüren und Flugblätter herausgeben zu können, sind wir auf mehr Spenden unserer Anhänger als bisher angewiesen. Jeder Genosse, der die Ideen von Voran! unterstützt, muß es auch als seine Pflicht ansehen, selbst mit den kleinsten Spenden durch seine finanzielle Unterstützung zur größeren Verbreitung unserer Ideen beizutragen.

Wir rufen auch alle Leser auf, regelmäßig mehrere Exemplare unserer Zeitung zu beziehen und im Bekanntenkreis, Betrieb, Schule, SPD-Ortsverein, Juso-AG, Gewerkschaftsgruppe zu verbreiten.

SPENDET FÜR VORAN! UNTERSTÜTZT VORAN!

# Britische Juso-Konferenz



## LABOUR PARTY YOUNG SOCIALISTS

# Ein Vorbild

Über Ostern fand in Blackpool die 15. Nationale Konferenz der englischen Jusos (LPYS = Labour Party Young Socialists) statt.

Knapp 2 000 junge Arbeiter, Studenten, Schüler, ausländische Besucher etc nahmen an der diesjährigen Konferenz teil.

Die 250 Delegierten beschäftigten sich ausführlich mit den zur Zeit aktuellsten Themen: Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und steigende Preise. In Großbritannien gibt es momentan 1,5 Millionen Arbeitslose (im Jahr 1975 stieg die Arbeitslosigkeit um 70,8 Prozent); wenn man jedoch die Personen, hauptsächlich Frauen, die nicht als arbeitslos registriert sind, aber arbeiten wollen, miteinbezieht, dann liegt die Arbeitslosenquote bei über 1,8 Millionen.

Die weltweite Krise des Kapitalismus hat Großbritannien stärker als andere Länder getroffen, weil die britischen Jossen im eigenen Land weit weniger investieren als im Ausland und veraltete, unrationelle Maschinen beibehalten - die westdeutschen Unternehmen produzieren auf Grund der besseren, moderneren Maschinen mit demselben industriellen Arbeiterheer dreimal soviel wie die Briten.

Trotz der 111 Millionen Regierungszuschüsse pro Tag an das "big business" hat sich die britische Wirtschaft seit 1970 nicht weiterentwickelt - 1975 fielen die Inlandsinvestitionen um 1 Prozent.

Die Gewerkschaften haben jetzt das Angebot von Schatzkanzler Healy von 4,5 Prozent Lohnbestimmungen akzeptiert.

Die Reallöhne der Arbeiter werden jetzt, nachdem dieses Angebot akzeptiert wurde, für über ein Jahr um 7-10 Prozent gekürzt, während die Unternehmerprofite steigen und die Arbeitslosenzahl weiter bei über 1 Million liegen wird.

Ein offizieller Vertreter der spanischen Jungsozialisten meinte, daß er bei allen Meinungsverschiedenheiten anerkennen müsse, was die LPYS in Bezug auf Spanien getan haben (Geldsammlungen; es wurden Verbindungen zwischen den Arbeitern in spanischen und englischen Fabriken hergestellt, den britischen Arbeitern die Bedeutung Spaniens klargestellt usw.).

Die Anträge der einzelnen Gruppen waren kurz und bündig; sie enthielten Forderungen und eine klare Perspektive, was bei den Anträgen der deutschen Jusos nicht der Fall ist. Bei uns wird in den Anträgen nur Kritik geübt, aber es kommt keinerlei Perspektive zum Ausdruck.

Die britischen Jungsozialisten sind ein gutes Beispiel dafür, daß man auch Arbeiter für Forderungen wie Verstaatlichung gewinnen kann, wenn man ihnen ein klares sozialistisches Programm vorlegt, in das auch ihre elementarsten Probleme und Erfahrungen miteinbezogen sind.

Die britischen Jusos haben dies wohl hauptsächlich mit dem "Charter for Young Workers" (Forderungskatalog für junge Arbeiter) erreicht. 1969 wurde dieses Programm von der LPYS erstellt, und es findet jetzt auch Unterstützung in der Labour und Gewerkschaftsbewegung.

Der Charter beschäftigt sich mit den Hauptproblemen der Arbeiterjugend und deren Lebensprobleme klar dar, befaßt

sich mit Fragen, mit denen die jungen Leute am Arbeitsplatz, in der Schule und Freizeit tagtäglich konfrontiert werden, verbindet sie mit den Problemen der gesamten Arbeiterklasse und leitet dann Forderungen ab. Die einzelnen Gebiete, mit denen sich der Charter beschäftigt, sind Jugendarbeitslosigkeit, Jugend am Arbeitsplatz, Arbeitsbedingungen, Lehrlinge, Ausbildung, Frauen und Mädchen, Schwarze Jugendliche, Jugendliche in der Armee, Schüler und Studenten, Wohnungswesen, Sicherheit und Gesundheit, Freizeit, Jugendliche in der Arbeiterbewegung, für eine kämpfende Arbeiterbewegung, Organisiert die Jugendlichen, Jugend für den Sozialismus.

Die Situation in den einzelnen Bereichen wird analysiert und dann werden Forderungen aufgestellt. Das kann man am Beispiel der Jugendarbeitslosigkeit verdeutlichen: Zuerst wird die Situation der Schuljünglinge beschrieben. Die Lehrer und Berufsberater sagen, daß man jetzt in die Welt der Erwachsenen entlassen wird. Allerdings bedeutet das "Erwachsenensein" für Zehntausende, die letztes Jahr die Schule verließen, daß sie sich einmal pro Woche beim Arbeitsamt melden und verzweifelt nach einer Stelle suchen. Gefordert werden dann:

### Forderungen

- eine garantierte Arbeits- bzw. Lehrstelle für Lehrlinge, Auszubildende und Schulabgänger.
- Arbeit oder voller Lohn. Kein Arbeiter, ob jung oder alt, soll für die Krise zahlen, die er nicht verursacht hat.
- keine zeitweilige Entlassung von Jungarbeitern. Keinerlei Entlassungen!
- wenn zu wenig Arbeit da ist, sollte sie unter allen aufgeteilt werden, aber ohne Lohnverlust.
- die Arbeitsämter unter gewerkschaftlicher Kontrolle und Leitung. Die Entscheidungen über Einstellungen und Entlassungen soll in die Hände von Fabrikkomitees, Vertrauenskörpern und Gewerkschaften liegen.

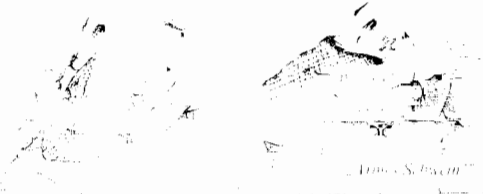
Die Schließung irgendeiner Firma, die Entlassungen androht, muß dem Gesetzgeber vorher offenlegen - um zu zeigen, daß ihre Profite geblieben sind.

Verstaatlichung aller der Firmen, die Entlassungen oder Schließung androhen, unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Die Gewerkschaftsbewegung soll den Arbeitslosen offenstehen. Die Gewerkschaften sollen aktiv daran

teilnehmen. Schulen werden geschlossen, Lehrstellen verloren oder erst gar nicht eingerichtet, Stunden können einfach nicht gehalten werden, Lehrmittel und Bücher werden immer teurer, in vielen Hoch- und Fachschulen wird oft nur ein Bruchteil der Bewerber angenommen, Leute mit hochqualifiziertem Abschluß finden keine Arbeit.

Für die Kapitalisten und ihr System ist Bildung Luxus: Ihnen reicht es aus, nur gerade so viele Menschen auszubilden, wie sie benötigen. Der Rest kann sehen, wo er bleibt.

Mit Schulwahl Lehrer werden...



In einer Gesellschaftsordnung, wo nicht mehr wenige Millionäre, sondern alle Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft ausüben, wäre Bildung ein selbstverständliches Recht für jeden. Jeder hätte dann die Möglichkeit, kostenlos die Bildungseinrichtungen in Anspruch zu nehmen und ohne un menschlichen Streß und Leistungsdruck zu genießen. Lernen kann Spaß machen, wenn man nicht mehr acht Stunden pro Tag hart arbeiten muß und dennoch ein gesichertes Einkommen hat. In einer sozialistischen Gesellschaftsordnung könnte auch jeder, der dazu Lust hat, Fremdsprachen oder andere Fächer in seiner Freizeit erlernen. F. Bull

gehen, die arbeitslosen Arbeiter in die Reihen der organisierten Arbeiter einzuschließen.

- das Recht für die Arbeitslosen, ihre allgemeine oder fachliche Bildung fortzuführen, solange sie arbeitslos sind, bei voller Lohnfortzahlung.
- Offenlegung der Geschäftsbücher für Gewerkschaften und Hausfrauen.
- Preiskomitees sollen gebildet werden, in denen Hausfrauen und Gewerkschaftler vertreten sind (Gewerkschaftliche Preiskontrolle unter Mitwirkung der Hausfrauen).

Im Gremium sollen Gewerkschaftler und Hausfrauen vertreten sein.

### MILITANT

Heute sind aufgrund dieses Programms und der Arbeit der Anhänger der marxistischen Wochenzeitung "Militant" mehr als 70 Prozent der britischen Jusos Lehrlinge und Jungarbeiter.

Vor 12 Jahren erschien "Militant" erstmalig - heute unterstützt die Mehrheit innerhalb der britischen Jusos die Politik und Perspektiven von "Militant".

Sehr eindrucksvoll war auch das "Militant"-Treffen, bei dem 1700 Besucher anwesend waren und über £1 000 Spenden gesammelt wurden. Genossen aus der BRD, Irland und Schweden sprachen Grußworte.

Die deutschen Jusos können sich an ihre britische Schwesterorganisation ein Beispiel nehmen und aus deren Arbeit lernen, wie man unseren Verband, der sich fast nur aus Schülern und Studenten zusammensetzt, in einen proletarischen umwandeln kann. Dies ist aber nur durch eine klare sozialistische Perspektive zu erreichen, die sich auf die Erfahrungen der Arbeiter stützt.

Zu Blackpool wäre noch zu sagen, daß nicht nur Diskussionen stattfanden, sondern auch Discos und ein großes Fußballturnier, bei dem die VORAN!-Mannschaft, die überraschend gut spielte und auch die Unterstützung von sehr vielen britischen Fans hatte, den 2. Platz belegte!

Silvia Christein

# VOLL ÜBERZEUGT

Wie in jedem Jahr über Ostern trafen auch diesmal wieder mehr als 2000 englische Schüler, Studenten, Arbeiter und Gewerkschaftler zur 15. englischen Juso-Konferenz in Blackpool. Neben den vielen internationalen Genossen aus Frankreich, den Niederlanden, Portugal, Spanien und Schweden nahmen auch 30 Genossen aus der BRD an dieser "politischen Woche" teil.

Ich fuhr mit weiteren vier Genossen unserer Juso-AG auf die Insel, um mich über den politischen Aufbau des Landes zu informieren. Ich bin etwa ein Jahr bei den Jusos und brachte keine große politische Bildung mit. Begriffe wie Sozialismus, die Lehren von Marx, Lenin und Trotzki waren für mich ziemlich verschwommen.

Und warum? Weil bei den Jusos in der BRD die klaren Perspektiven fehlen. Man rennt kopflos mit theorie-schleifenden Diskussionen in die Sackgasse. Sonst in England. Die Jusos in England haben ein echtes marxistisches Kampfprogramm entwickelt. Und in ihren Aussagen sind klar verständliche Perspektiven, Forderungen und Lösungsmöglichkeiten beinhaltet.

Der Anteil der Jungarbeiter in der LPYS beträgt etwa 70 Prozent. Das finde ich doch sehr bewundernswert. Sieht man sich dagegen die BRD an, hier besteht der Großteil der Jusos aus Schülern, Studenten und Akademikern.

Das sind Dinge, die mich sehr beeindruckt haben. Mir ist bei diesem Aufenthalt vieles klarer geworden. Der Begriff des Sozialismus hängt für mich nicht mehr im leeren Raum. Ich fühle mich einfach gefestigter in meinen Ideologien und sicherer in meinen Argumentationen. Ich bin sozusagen voll von der Sache des Sozialismus überzeugt worden und werde dafür in meiner Jusoarbeit kämpfen.

Ich werde versuchen, mehr Arbeiter für unsere Sache zu gewinnen und VORAN! bei jeder Möglichkeit zu verteilen. Man muß einfach versuchen, alle Möglichkeiten auszunutzen, um neue Anhänger zu gewinnen.

Zum Schluß möchte ich jedem raten, der noch nicht bei einer LPYS Konferenz gewesen ist, sich auf seinem Terminkalender Ostern '77 anzustreichen.

Jürgen Michel  
Juso-AG Crailsheim

metare Bedürfnis der Menschen nach einer gesunden Umwelt nicht befriedigt werden kann.

Einzig und allein in einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung voll zum Tragen kommen, kann Schluß gemacht werden mit Verschmutzung, Vergiftung und Verpestung von Gewässern, Luft und Landschaft.

# Bildung für alle

Willst Du vielleicht Englisch oder Französisch lernen?

Oder willst Du - wenn Du es kannst - eine Fremdsprache unterrichten, weil Dein Geld nicht ausreicht?

Ich warne Dich: Wende Dich ja nicht an eine private Sprachschule!

Ein junger Lehrer, der bei einer solchen Schule ("Inlingua") arbeitet, beschrieb sie mir kurzlich als ein "kapitalistisches Unternehmen aus dem 19. Jahrhundert".

Bei ihm sieht es so aus:

Die Lehrer sind meistens ausgebildete Lehrer, Studenten, ältere Hausfrauen und Ausländer. Sie verdienen 9 DM pro Stunde. Dabei bezahlt jedoch jeder Sprachschüler 25 DM pro Stunde, und eine Klasse besteht aus 10 bis 15 Studenten.

Kein Wunder also, daß der Boß auf diese Weise 20 000 DM im Monat verdient bei einer täglichen Arbeitszeit von einer Stunde (Schecks unterschreiben).

Aber nicht nur auf diese Weise macht der Boß ein Bombengeschäft. Er kauft massenweise Lehrbücher für 5 DM und verkauft sie für 20 DM an die Schüler. So werden Lehrer und Schüler gleichermaßen übers Ohr gehauen!

Der Boß nimmt auch keinerlei Rücksicht auf die Arbeitszeit: jeder Lehrer muß zwischen 9 und 21 Uhr bereit sein, auf Abruf vom Boß eine Stunde zu halten. Die Lehrer haben Arbeitsverträge, die aber jederzeit vom Boß fristlos aufkündbar sind. Die Lehrer sind nicht gewerkschaftlich organisiert, und als sie kurzlich versuchten, ihre Lohnforderung

von 50 Pfennig pro Stunde durchzusetzen, hat die der Boß ohne Begründung entlassen. Bei Tausenden von arbeitslosen Lehrern hat er kaum Probleme, neue Lehrer zu finden.

Offensichtlich bieten die vorhandenen Schulen und Hochschulen keine ausreichenden Möglichkeiten zur Bildung und Ausbildung, denn sonst könnte man sich solche Skandale nicht vorstellen.

Die Bildungssysteme der Arbeiter und ihrer Kinder trifft, weil sie weder Geld noch Zeit, noch die nötige Schulbildung haben, um zu studieren oder auch nur in einzelnen Fächern weiterzubilden zu kommen.

Gleichzeitig haben wir in der Bundesrepublik Lehrerarbeitslosigkeit.

Warum soll ein fertig ausgebildeter Lehrer froh sein, wenn er überhaupt einen solchen Arbeitsplatz bekommt, an dem er weder allgemeine noch gewerkschaftliche Rechte hat und dazu noch unter äußerst unangenehmen Arbeitsbedingungen?

Und dabei gibt es viele Klassen in staatlichen Schulen mit 30-50 Schülern.

Wir brauchen ein Bildungswesen, das alle einzelnen Bereiche umfaßt und integriert (Grund-, Haupt- und Realschulen, Gymnasien, Hochschulen ebenso wie Handels-, Berufs- und Abendschulen) und das allen Arbeitern und Angestellten wie ihren Kindern offen steht, das kostenlos ist und niemand benachteiligt.

Aber wir sehen, daß das gegenwärtige System völlig unfähig ist, diese Anforderungen zu erfüllen: Überall wird ge-

# Umweltschutz vertagt

Mit einem neuen Abwasserabgabegesetz will der Bundestag die Reinigung unserer verdreckten Flüsse neu regeln. Ursprünglich wollte die SPD in den vergangenen Jahren die Industriebetriebe, die unsere Flüsse, Bäche und Seen verschmutzen und vergiften oder ihre Abwässer in öffentliche Kanalisationen einleiten, mit "drastischen Abgaben" belasten und sie dazu bringen, eigene Kläranlagen zu bauen.

Im Wahlprogramm der SPD von 1972 heißt es: "Wir vertreten im Umweltschutz das Verursacherprinzip." Im Regierungsentwurf zum neuen Abwassergesetz ist von Plänen der SPD aber nichts mehr zu erkennen. Der SPD Umweltschutzexperte Kl Klaus Konrad sagte dazu: "Wir haben ja einsehen müssen, daß Umweltschutz jetzt in anderen Rahmenbedingungen abläuft. So wie überall gespart werden muß, so müssen sich auch die Vorstellungen der Umweltschützer den gegebenen Umständen anpassen."

Andere "Rahmenbedingungen" und "gegebene Umstände" sind heute nichts anderes als die verstärkte Jagd der

Kapitalisten nach höheren Profiten. Zum Gesetz selber meinte Konrad: "Aufgrund vieler Widerstände ist dann eine Form der Erhebung der Abgabe entwickelt worden, die auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage stark Rücksicht nimmt. Wir beginnen mit der Erhebung voraussichtlich erst ab 1981 und zunächst nur einem Betrag von 12 DM, der dann bis 1986 auf 40 DM ansteigt."

Damit haben die Unternehmer eine weitere Reform endgültig zu Fall gebracht. Sie lassen es nicht zu, daß durch kostspielige Reformen ihre Gewinne geschmälert werden.

Dies macht deutlich, daß in einer Gesellschaft, die bestimmt ist vom kapitalistischen Gewinnstreben, das ele-